

Die Staatskrise in Vanuatu

Kai M. Schellhorn

Der aus 80 Inseln bestehende kleine südpazifische Staat Vanuatu, der im Jahr 1980 von Großbritannien und Frankreich, die ihn seit 1906 als Kondominium unter dem Namen Neue Hebriden verwaltet hatten, in die Unabhängigkeit entlassen worden war, sorgt nach wie vor für Schlagzeilen.¹ Vor wenigen Jahren riefen ein mit der Sowjetunion eingegangener Fischereivertrag, Kontakte zu Libyen, Kuba und Vietnam sowie enge Beziehungen zur Bewegung der Blockfreien internationales Interesse hervor. Es bestand die Sorge, daß Vanuatu, welches zu den Least Developed Countries zählt, sich zu einem "Kuba" im Südpazifik entwickeln könnte. Durch das Vordringen außerregionaler sozialistischer Mächte in den "aquatischen Kontinent" wäre die regionale Idylle von nur westlich orientierten Staaten gestört worden. Im gesamten südpazifischen Raum existiert bis heute kein sozialistisch geprägter Staat. Die diesbezügliche Besorgnis australischer, neuseeländischer und amerikanischer Beobachter hat sich bisher als nicht realistisch erwiesen.² Dennoch schwebt Vanuatu gegenwärtig in einer politischen Krise, deren Folgewirkungen mittelfristig innenpolitisch, außenpolitisch und regional ungewiß bleiben.

Staatspräsident Sokomanu stand, ebenso wie sein Neffe Barak Sope, ehemaliger Generalsekretär der regierenden Vanuaaku Party, und Maxime Carlot, der Sprecher der bedeutendsten Oppositionspartei Union of Moderate Parties, wegen Anstiftung zur Meuterei und Rebellion vor Gericht. Premierminister Lini hat sich - vorerst - gegen seine härtesten politischen Widersacher durchgesetzt.

Wie kam es zu der gegenwärtigen Staatskrise, welche Interessen stehen hinter den wichtigsten Akteuren und welche denkbaren Folgen können die politischen Turbulenzen in Vanuatu innen- und außenpolitisch eventuell nach sich ziehen?

In Port Vila, Hauptstadt und Sitz der Regierung, tobt seit den letzten ordentlichen Parlamentswahlen im November 1987 (Vanuaaku Party (VP) 26, Union of Moderate Parties (UMP) 20 Parlamentssitze) ein persönlicher Machtkampf zwischen dem von einem Schlaganfall gezeichneten Premierminister Walter Lini und seinem ehemaligen Mitstreiter im Kampf um die Unabhängigkeit Barak Sope. Premierminister Lini, der seit Vanuatus Unabhängigkeit im Jahr 1980 jede Regierung anführte, wurde

Ende November 1987 in seinem Amt erneut bestätigt.³ Barak Sope, seinerzeit Generalsekretär der die Regierung tragenden Vanuaaku Party (VP), stellte unmittelbar nach dem Wahlerfolg seinen Anspruch auf das Amt des Premierministers öffentlich vor. Lini, der im Frühjahr 1987 in Washington einen Schlaganfall erlitten hatte und sich nur langsam erholte, war seiner Ansicht nach aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für dieses Amt geeignet.

Dieser erste Angriff Sopes gegen Lini führte zu einem ad hoc einberufenen Parteitag, der mit 59 : 29 Stimmen für ein Verbleiben Linis im Amt des Premierministers votierte.⁴ Lini bezeichnete diesen Vorgang später als den "break-off point" für seine ehemals sehr enge, persönliche Beziehung zu Barak Sope.⁵ Danach verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Sope und Lini rapide. Zwar nahm Premier Lini Barak Sope, der drohte, die Vanuaaku Party zu spalten, Ende Januar 1988 erneut in sein Kabinett als Minister für Tourismus, Einwanderung und Verkehr auf (das gewünschte Ressort "Zivile Luftfahrt" erhielt Sope nicht), doch gab Barak Sope seinen Machtanspruch auf das Amt des Premierministers deshalb keineswegs auf.

Am 16. Mai 1988 kam es zu einem erneuten Zusammenprall zwischen den beiden Konkurrenten, als Sope in Port Vila zu einer Demonstration von Dörflern aufrief, in deren Folge sich Geschäftsplünderungen ereigneten und ein Todesopfer zu beklagen war. Barak Sopes vorgeschobene Begründung für die Demonstration von Dörflern aus Pango, Erakor und Ifira bezog sich auf die Problematik des Landrechts in Vanuatu. 93 Prozent der 140.000 Einwohner sind eingeborene Melanesier. Ihnen gehören gemäß der Verfassung des Staates 100% des Landes, wobei die Rechtslage um Port Vila etwas unsicher ist. Denn das Stadtgebiet Port Vilas, das auf dem Grund der Dörfer Pango, Erakor und Ifira (Sope stammt aus Ifira) liegt, ist sogenanntes "public land" (statt "custom land") und wurde von der Stadt verwaltet.⁶ Eine Woche vor der gewalttätigen Demonstration hatte Landminister Mahit die mit Sope (board director) verbundene, städtische Landverwaltung von Vila (Vila Urban Land Corporation/VULCAN) der Korruption angeklagt und eine Änderung der Zahlungsweise der Pacht an die Dörfler angeordnet, die aufgrund von Veruntreuungen der VULCAN kaum einen Vatu erhalten haben sollten.⁷ Barak Sope wandte sich per Rundfunk an die Einwohner und klagte Premier Lini an, traditionelle Landbesitzer mit "kommunistischen Methoden" zu enteignen.⁸ Landminister Mahit antwortete, daß es seit 1982 das Ziel der Regierung gewesen sei, die Funktionen der - wie sich später herausstellte, tatsächlich unsauber arbeitenden - VULCAN auf das Lands Department zu übertragen und genau dies sei geschehen.

In Reaktion auf Barak Sope's zweiten Angriff auf Lini gab der Premierminister am 23. Mai 1988 die Entlassung Sope's aus dem Kabinett bekannt.⁹ Sope's Entlassung verschärfte die persönliche Auseinandersetzung erneut. Seit diesem Vorgang eskalierte der Machtkampf in einen Strudel von Angriffen und Reaktionen; Vanuatus Innenpolitik wurde seitdem wesentlich von - umstrittenen - Gerichtsentscheidungen geprägt, die allein Premier Lini das Regieren ermöglichten.

Mit der Entlassung Sope's aus dem Kabinett war der Machtkonflikt keineswegs beigelegt. Anfang Juni 1988 beabsichtigten Sope und vier seiner Anhänger (sämtlich Parlamentsmitglieder), die von der in Opposition befindlichen Union of Moderate Parties (UMP) unterstützt wurden, ein Mißtrauensvotum gegen Premier Lini durchzuführen, das jedoch aus verfahrensrechtlichen Gründen scheiterte.¹⁰ Es blieb nur das Warten auf einen Gerichtsentscheid, bis Premier Lini und der Vanuaaku Party-Parteivorstand - Barak Sope war am 6. Juni vom Posten des VP-Generalsekretärs suspendiert worden - ihrerseits auf Sope's Vorhaben reagieren konnten.¹¹ Auf Betreiben des Vanuaaku Party-Vorsitzenden, Premierminister Walter Lini, verloren am 25. Juli 1988 Barak Sope und seine vier Mitstreiter ihre Parteizugehörigkeit und daraufhin auch ihre Parlamentssitze.¹² Die Mitglieder dieser "Gang of Five" legten sofort erneut Rechtsmittel gegen die Interpretation des Parteivorstands ein, daß sie mit ihrem VP-Ausschluß automatisch auch ihre Parlamentssitze verlören.

Barak Sope: "The name Vanua'aku means 'our land'. So land was the basis of the party and to shift from that would result in the party crumbling. The party believes that if it protects the land it will protect the culture and its people. That is the basis of the party. If we don't have the land there is nothing. Land is a sacred part of our culture... I have been to Libya and I have met Gaddafi. I have been to Cuba and I have met Fidel Castro. I have been to Angola and I have met President Santos... It doesn't mean that because I've met Gaddafi I'm like Gaddafi. I was there as a representative of the Vanua'aku Party... [Über Walter Lini:] He is promoting islandism and regionalism by appointing too many people from his island to top positions... He is trained as a priest... his background on administration is nil. Lini is a sick man and his illness has affected his leadership... I prefer to work for communities so my political line would be more a socialist base, definitely not communism, not to the extent of leninism but Pacific socialism like we have in the villages... I am definitely anti-colonialism in any form and I would continue to support the independence of

New Caledonia, the OPM, East Timor... I am also anti neo-colonialism and I don't want Vanuatu to rely too much on overseas aid or expatriate advisers." Auszüge aus einem Interview mit *Islands Business*, September 1988, S.16-17.

In die bis dahin weitgehend persönliche Auseinandersetzung zwischen Premier Lini und Barak Sope griff zu diesem Zeitpunkt ein dritter Akteur, die Parlamentsopposition, ein; zwei Abgeordnete der UMP (Vincent Boulekone und Gaetano Boulewak), die in der UMP die Tan Union Partei vertraten, hatten sich zuvor von der UMP getrennt, weil sich Maxime Carlot, Sprecher der verbliebenen 18 (von 20) frankophonen UMP-Parlamentsabgeordneten, von der Unterstützung der VP-Spaltergruppe um Sope eine Schwächung der VP-Parlamentsmehrheit zu seinen Gunsten versprach.¹³ Die 18 Mitglieder der oppositionellen UMP, die das Parlament in drei vom Speaker wegen des Ausschlusses der "Gang of Five" eilig einberufenen Krisensitzungen boykottierten und damit gegen die Verfassung verstießen, wurden von Speaker Onneyn Tahi am 27. Juli aus dem Parlament entlassen.¹⁴ Am gleichen Tag gründeten Barak Sope und seine vier Mitstreiter eine neue Partei, die Melanesian Progressive Party (MPP).¹⁵

Damit waren von 46 Parlamentssitzen (-5 MPP/-18 UMP) nur noch 23 (21 VP/2 Tan Union) mit Parlamentariern besetzt. Die rechtlich und politisch hochbedeutsame Frage, ob das Parlament auch mit 50% der Sitze Mehrheitsentscheidungen fällen könne, wurde vom angerufenen Obersten Gerichtshof geklärt. Richter Hawka entschied am 1. August 1988 zugunsten von Premierminister Lini und den 23 verbliebenen Parlamentariern, daß das Parlament auch mit nur 50% der Stimmen mehrheitsfähig und die Regierung Premierminister Linis dementsprechend regierungsfähig sei.¹⁶

Lini erklärte am folgenden Tag, daß mit diesem Urteil die Parlamentskrise beigelegt sei. Vanuatus Verfassung erlaubt Neuwahlen stets nur nach Ablauf von 12 Monaten nach einer Wahl, in diesem Fall also frühestens im Dezember 1988. Statt für Neuwahlen, die angesichts von 23 (5 MPP um Sope und 18 UMP um Carlot) zu diesem Zeitpunkt vom Parlament ausgeschlossenen Parlamentariern, eine bedrohliche Koalitionsstärke hätten bringen können, votierte Premier Lini für die Durchführung von Nachwahlen im Dezember 1988 zur Auffüllung der vakanten 23 Parlamentssitze.

Auf einer Pressekonferenz kommentierte Lini das für seine Regierungsfähigkeit so bedeutsame Gerichtsurteil wie folgt: "It puts to shame our opponents' argument that we have broken the constitution and that we are running a dictatorship... Now the people know the truth: that we were right and that it is them (Sope and the Opposition UMP) who are the real dictators, trying to dictate that their personal political interests override the supremacy of the Parliament by the constitution and attempting to hold the country to ransom through the constitutional crisis."¹⁷

Entgegen Premier Linis Ansicht war die innenpolitische Krise nicht beigelegt. Staatspräsident George Sokomanu, ein Onkel Barak Sopes, erklärte am 30. Juli 1988, dem achten Jahrestag der Unabhängigkeit Vanuatus, u.a., daß er mit einem Ein-Parteien-Parlament nicht zufrieden sein könne, weil ein Großteil des Volkes nicht repräsentiert sei und auch die für Ende 1988 anstehenden Budget-Beratungen von sämtlichen im November 1987 gewählten Parlamentariern durchgeführt werden sollten. In seinerzeit - noch - realistischer Einschätzung seiner Möglichkeiten als Staatspräsident erklärte Sokomanu in einem Interview: "If I had the power to intervene I would have intervened. I would have said, 'look this is not the way we want government to run', and there would have been a meeting of all parties concerned. The constitution is very vague at the moment. I can only dissolve parliament on the advice of the Council of Ministers. They have to tell me."¹⁸ Fünf Monate später sollte Staatspräsident Sokomanu dieser Einsicht völlig zuwiderhandeln.

Wie oben erwähnt, hatten Barak Sope und seine vier Mitstreiter bereits eine neue Partei, die Melanesian Progressive Party (MPP), gegründet.¹⁹ In einem zweiten Schritt ging Sopes MPP sofort eine Allianz mit der UMP ein, obwohl beide Parteien grundverschiedene Positionen vertreten. UMP-Führer Maxime Carlot, pro-französisch und antisozialistisch orientiert, betonte umgehend, daß er mit der neuen Koalition das Amt des Premierministers anstrebe.²⁰ Dieses Amt bildete aber auch das erklärte politische Ziel Barak Sopes.

Sope wies in einem Interview mit der *Fiji Times* darauf hin, daß die neue Parteienkoalition (MPP und UMP) die Beziehungen Vanuatus zu Libyen und der Sowjetunion überdenken wolle.²¹ Er würde einer von der UMP vertretenen, distanzierteren Haltung zustimmen, aber seine Kontakte zur Blockfreienbewegung nicht aufgeben wollen.²² Gleichzeitig, so Sope, sei er bereit, die Beziehungen zu Frankreich, die wegen Linis klarer Pro-FLNKS-Haltung in der Neukaledonien-Frage gelitten hatten (1987

leistete Frankreich zwischen 8-10 Millionen Vatu Entwicklungshilfe; 1988 aber überhaupt nichts), zu verbessern. Die neue Parteienallianz aus MPP und UMP rechnete - für den Fall von Neuwahlen - mit dem Gewinn von 28 Parlamentssitzen.²³

Im Oktober 1988 hielt die Vanuaaku Party einen ordentlichen Parteitag auf der Insel Pentecost (Linis Heimatinsel) ab, auf dem 128 Parteimitglieder, die mit Barak Sope sympathisierten, formell aus der Partei ausgeschlossen wurden.²⁴ Nachwahlen zur Auffüllung der vakanten 23 Parlamentssitze wurden für den 12. Dezember 1988 angekündigt.²⁵

Vanuatus Court of Appeal fällte am 21. Oktober die mit Spannung erwartete Entscheidung, daß Barak Sope und seine vier Mitstreiter zu Unrecht ihre Parlamentssitze verloren hätten (die Koppelung von Parteizugehörigkeit und Parlamentssitz war nach Ansicht des Gerichts nicht bindend), während der Ausschluß der 18 UMP-Abgeordneten rechtens gewesen sei.²⁶

Diese Entscheidung gab Sope und seinen Anhängern kräftigen politischen Auftrieb, der nur durch Premier Linis Ankündigung von Nachwahlen gedämpft wurde, denn Beobachter nahmen bereits zu diesem Zeitpunkt an, daß die Nachwahlen am 12. Dezember der Vanuaaku Party etwa 12 weitere Sitze (zu den vorhandenen 21) bringen würden. Am 22. Oktober unterzeichnete Staatspräsident Sokomanu das Gesetz zur Abhaltung von Nachwahlen am 12. Dezember 1988.²⁷

Vier Wochen später, am 28. November 1988, griff Staatspräsident Sokomanu - entgegen seiner Kenntnis der Rechte des Präsidenten - vehement in das innenpolitische Geschehen ein. Gegen den Willen Linis verbreitete Sokomanu einen Aufruf, der zu Neuwahlen statt zu Nachwahlen aufrief. Seiner Ansicht nach könnten die Nachwahlen zu einem - unerwünschten - Ein-Parteien-Staat führen. Bei Bekanntgabe des Entscheids für Nachwahlen hatten die fünf MPP-Parlamentarier (einschließlich Sopes) ihre - per Gerichtsbeschluß erkämpften - Parlamentssitze überraschend wieder aufgegeben, weil sie im Einvernehmen mit dem Staatspräsidenten gegen die Durchführung von Nachwahlen stimmten.²⁸ Dieses Vorgehen wurde von Sope als Solidaritätsbeweis gegenüber der UMP gesehen, die im Juli seine Abspaltung von der Vanuaaku Party unterstützt hatte und die ihrerseits die Nachwahlen boykottieren wollte.²⁹ Damit traten nur die Vanuaaku Party und einige Unabhängige zur Nachwahl an.

Die am 12. Dezember 1988 abgehaltene Nachwahl führte zu folgendem Ergebnis: die Vanuaaku Party erhielt insgesamt 35, die Tan Union 5 Parlamentssitze. Die 5 vakanten Sitze der Melanesian Progressive Party blie-

ben unbesetzt, ebenso wie der Sitz eines von vier Vertretern der Insel Santo, der nicht gewählt werden konnte, weil nur drei Kandidaten für vier Sitze aufgestellt worden waren.³⁰ Die Vanuaaku Party erzielte in der Nachwahl also einen überwältigenden Erfolg (die absolute Mehrheit liegt bei 31 Stimmen), die fünf Abgeordneten der Tan Union bildeten die neue Opposition im Parlament. Sechs Parlamentssitze blieben unbesetzt.³¹

Staatspräsident Sokomanu: "My concern today [30.7.1988] is for the people of our republic, and for them it is important, that they are represented at all levels in the governing process of our country by their elected representatives, irrespective of political party or party policies. My concern is that party politics and self interest must not be seen to have taken over from the rights of the people of our nation... If I had the power to intervene I would have intervened. I would have said, 'look this is not the way we want government to run'... [am 16.12.1988] I had to do something. I had no alternative... I had to take this action [Auflösung des Parlaments, Vereidigung einer Interimsregierung] to let the people know what is happening in the country." Auszüge aus Interviews mit *Islands Business*, September 1988, S.13-15 und der *Fiji Times* vom 17.Dezember 1988.

Das neue Parlament trat am 16.Dezember 1988 erstmals zusammen. In einem Überraschungscoup erklärte Staatspräsident Sokomanu vor den Abgeordneten das Parlament für aufgelöst. Die Parlamentarier wiesen Sokomanus Erklärung jedoch zurück und setzten - unter verstärktem Schutz der Polizeikräfte - die bereits begonnenen Haushaltsberatungen fort.³² Zwei Tage später, am 18.Dezember, vereidigte Staatspräsident Sikomanu eine "Interimsregierung", die bis zur Abhaltung von ihm geplanter Neuwahlen im Februar 1989 die Regierungsgeschäfte übernehmen sollte.³³ Zum neuen Premierminister ernannte Sokomanu seinen Neffen Barak Sope (MPP), Maxime Carlot (UMP) wurde Stellvertretender Premierminister, Willie Jimmy, John Naupa und Dr. Frank Spooner wurden zu weiteren Mitgliedern dieser "Interimsregierung" ernannt. "Premierminister Sope" erklärte umgehend gegenüber ausländischen Journalisten, daß er sich die Loyalität der Polizei und paramilitärischen Vanuatu Mobile Force (VMP: 300 Mann) zur Festigung seiner "Regierung" sichern wolle, andernfalls würde er Hilfe aus dem Ausland rufen.³⁴ Auch Staatspräsident Sokomanu wandte sich mit einem Schreiben an die Polizei und VMF und gab den Ordnungskräften 24 Stunden Entscheidungszeit.

Premierminister Walter Lini: "Obviously I would not want to continue as Prime Minister, a paralysed prime minister, for life... The Government is confident in its constitution, in its courts of law, in the parliament that is doing its work, and in the police. The Government will not be confident if another force from an outside nation decides to come and create more problems in Vanuatu. We would be able to contain that but only through involving some of our neighbours in the region. The show of support we have had from countries in the region had been important for us, especially in recognising a democratic-elected government. If the neighbours in the region were uncertain then our view was it would have put in question the future of all democratically-elected governments in the region. We were very pleased to have had the support of the governments in the region at the right time". Auszüge aus einem Interview mit *Islands Business*, January 1988, S.11-14.

Inzwischen reagierte - der nach wie vor im Amt befindliche - Premierminister Lini. Er erklärte das Vorgehen des Staatspräsidenten für verfassungswidrig, forderte Sokomanus Rücktritt und bezeichnete die "Interimsregierung" als illegal. Lini und seine Regierung konnten sich voll auf die Loyalität der Polizei und VMF stützen. Diese Tatsache bildete letztlich den entscheidenden Faktor der Auseinandersetzung.³⁵ Am 19. Dezember ließ Lini "Premier Sope" und die übrigen Mitglieder der "Interimsregierung" verhaften. Der Oberste Gerichtshof untersagte Staatspräsident Sokomanu jede weitere Erklärung bezüglich der "Interimsregierung" und der "Parlamentsauflösung"; er bestätigte die Rechtmäßigkeit der Regierung Lini, die auch von Australien nach wie vor anerkannt wurde, und erklärte die Parlamentsauflösung durch den Staatspräsidenten für verfassungswidrig.³⁶

Es blieb nur noch eine prozedurale Frage, wie Staatspräsident Sokomanu Amtsenthebung vorzunehmen sei.³⁷ Am 20. Dezember 1988 sprach das Parlament Staatspräsident Sokomanu sein Mißtrauen aus und warf ihm Rebellion (sedition) und schweres Fehlverhalten vor. Dieses Mißtrauensvotum ebnete - verfassungsrechtlich - den Weg zur Einberufung des Electoral College (Wahlmännergremium), das für die Bestellung des Präsidenten zuständig ist und sich aus den 46 Parlamentsmitgliedern sowie den 11 Präsidenten der Local Government Councils zusammensetzt.³⁸ Premierminister Lini ließ Staatspräsident Sokomanu am 21. Dezember wegen Anstiftung zur Meuterei (der Polizei und VMF), wegen illegaler Verteidigung (der "Interimsregierung") und Rebellion (Anstiftung zum Aufruhr) verhaften.³⁹

Damit hatte sich Premierminister Lini mit rechtlicher Deckung durch den Obersten Gerichtshof gegen seine politischen Opponenten durchgesetzt. Am 4. Januar 1989 wurde per Gerichtsbeschuß die Verfahrenseröffnung gegen Sokomanu und die fünf Mitglieder der von ihm eingesetzten "Interimsregierung" auf den 13. Januar festgesetzt. An diesem Tag wurde gegen die sechs Inhaftierten Anklage wegen Anstiftung zur Meuterei und Rebellion erhoben.⁴⁰ Der Prozeßbeginn verzögerte sich bis zum 20. Februar 1989, weil der Rechtsanwalt und Geschäftsmann Geoffrey Gee, der die Angeklagten verteidigen sollte, sein Mandat wegen starken politisch-ökonomischen Drucks auf seine Firmen zurückgab.⁴¹

Schließlich fanden sich drei Rechtsanwälte aus Neukaledonien, die, von Jean Louziere angeführt, die Verteidigung übernahmen. Die möglichen Höchststrafen für die Angeklagten reichen bis zu lebenslänglicher Haft.

Am 7. März 1989 fällt der Oberste Gerichtshof in Vanuatu folgende Urteile: Ex-Staatspräsident Sokomanu sechs Jahre Gefängnis, Barak Sope (MPP) und Maxime Carlot (UMP) je fünf Jahre Gefängnis, der frühere Abgeordnete Jimmy zwei Jahre Haft; die Angeklagten Frank Spooner, John Naupa und John Kalotiti wurden freigesprochen.⁴² Es gehört zu den politischen Merkwürdigkeiten dieses kleinen südpazifischen Archipelstaates, daß die Verurteilten nach einem Revisionsverfahren am 14. April 1989 mit der Begründung wieder freigelassen wurden, daß dem Richter des Obersten Gerichts Fehler unterlaufen seien.⁴³

Beobachter der dramatischen innenpolitischen Ereignisse in Vanuatu sind sich weitgehend einig, daß Premierminister Lini, der kürzlich erstmals anklingen ließ, daß er auf dem nächsten Parteikonvent der Vanuaaku Party seinen Rücktritt erklären könnte, einen kurzlebigen innenpolitischen Sieg errungen hat, daß aber andererseits die politischen Probleme nicht gelöst sind.

Das Zusammengehen von Sope (MPP) und Carlot (UMP), die nun gemeinsam inhaftiert, angeklagt, verurteilt und freigelassen wurden, schweißt den - gegenwärtig aus dem politischen Handeln ausgeschalteten - frankophonen Teil der politischen Interessenvertretung gegenüber dem anglophonen Teil mehr denn je zusammen.

In Vanuatu ist der politische Proporz zwischen dem britisch-anglikanisch und presbyterianisch geprägten Volksteil der nördlichen Inseln und dem französisch-katholisch geprägten Volksteil der südlichen Inseln zerbrochen. Dieser Verlust der Balance kann mittelfristig, ähnlich wie in Papua-Neuguinea, zu einem ständig explosiven innenpolitischen Klima

führen, dies auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die gegenwärtig prominenten Persönlichkeiten (Lini, Sope, Sokomanu und Carlot) eines Tages durch neue Politiker ersetzt werden.⁴⁴ Die auf politische Versöhnung abzielenden Worte des am 30. Januar 1989 vom Electoral Council gewählten neuen Staatspräsidenten Fred Timakata, der als Gesundheitsminister dem Kabinett Lini bis Mitte Januar 1989 angehört hatte, können das gegenwärtige Ungleichgewicht der politischen Partizipation in Vanuatu nicht lösen helfen.⁴⁵

Mit anderen Worten, Vanuatu wird auf absehbare Zeit ein politisch unruhiges Land bleiben, dessen innenpolitische Konsolidierung noch viele Jahre in Anspruch nehmen wird. Voraussagen über Vanuatus zukünftigen außenpolitischen Kurs sind unter dieser Voraussetzung kaum möglich. Entscheidend wird die Frage sein, welche Staaten Vanuatu langfristig beim Wiederaufbau seiner durch die politischen Wirren stark angeschlagenen Wirtschaft (die ausländische Investitionsbereitschaft im sog. "Tax Haven" Vanuatu ist rapide zurückgegangen, ebenso die Tourismuszahlen) Hilfe leisten werden. Auf jeden Fall wird man auch weiterhin die politische Entwicklung dieses kleinen südpazifischen Inselstaats aufmerksam verfolgen müssen.

Anmerkungen:

- 1) Dieser Beitrag schließt an einen Vanuatu-Bericht in den *Auslandsinformationen* der Konrad Adenauer Stiftung vom August 1988 an.
- 2) Vgl. auch die Beiträge von Tanham, George K.: "Understanding Vanuatu - or how to regain the high moral ground" und Hamilton, Ian: "The Vanuatu crisis: did Hawke over-react?", in: *Pacific Defense Reporter*, July 1988, S.7-9 und 19-20, und Fraser, Helen: "South Pacific No. 1 - Rumbblings of discontent, but less talk of instability", in: *Pacific Defence Reporter*, Dec.88/Jan.89, S.29-31.
- 3) Vgl. *Islands Business*, January 1988, S.21.
- 4) Vgl. *Backgrounder* Nr. 602 vom 16.12.1987 und *Islands Business*, January 1988, S.21.
- 5) Vgl. das Interview Premierminister Linis in *Islands Business*, January 1989, S.11-14, hier S.13.
- 6) Vgl. zum Landrecht Vanuatus: Sope, Barak: *Land and Politics in the New Hebrides*, Suva, 1975.

- 7) Vgl. *Vanuatu Weekly* vom 28.Mai 1988 und *Pacific Islands Monthly*, July 1988, S.11. Eine Überprüfung der Bücher der VULCAN ergab später, daß seit 1984 keine ordentliche Buchführung durchgeführt worden war. Im Jahr 1987 waren 98% der Einnahmen für Gehälter der VULCAN-Mitarbeiter ausgegeben worden - statt für Pachtzahlungen an die Dörfler. So hat z.B. der General Manager, ein persönlicher Freundes Sope, allein 40 000 Australische Dollar Jahresgehalt bezogen. Dies entspricht dem doppelten Betrag des Jahresgehalts von Premier Lini. Siehe den detaillierten Bericht in *Pacific Islands Monthly*, September 1988, S.13.
- 8) Vgl. *Fiji Times* vom 17. und 28.Mai 1988.
- 9) Vgl. *Fiji Times* vom 24.Mai 1988.
- 10) Vgl. *Islands Business*, September 1988, S.9.
- 11) Vgl. *Islands Business*, September 1988, S.16.
- 12) Folgende Vanuaaku Party Parlamentarier, die Sope unterstützt hatten, verloren mit Sope ihre Parteimitgliedschaft und vorläufig auch ihre Parlamentssitze: William Edgell, Charles Godden, Anatole Lingtamamat und Jimmy Simon. Vgl. *Pacific Islands Monthly*, September 1988, S.10.
- 13) Vgl. *Islands Business*, January 1989, S.10. Vincent Boulekone hatte längere Zeit die UPM angeführt.
- 14) Vgl. *Fiji Times* vom 20.Oktober 1988 und *Pacific Islands Monthly*, September 1988, S.10.
- 15) Vgl. *Fiji Times* vom 18.Oktober 1988.
- 16) Vgl. die umfangreiche Darstellung und Begründung des Urteils in *Pacific Islands Monthly*, September 1988, S.10-13 und *Islands Business*, September 1988, S.9-13. Ebenso *Fiji Times* vom 3.August 1988.
- 17) Zitiert nach *Pacific Islands Monthly*, September 1988, S.12.
- 18) Vgl. *Islands Business*, September 1988, S.15.
- 19) Vgl. Interviews mit Sope in *Fiji Times* vom 18.10.1988 (Sope hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Fidschi auf und traf u.a. den von ihm bewunderten Major-General Rabuka) und *Islands Business*, September 1988, S.16-17.
- 20) Vgl. *Islands Business*, September 1988, S.13.
- 21) Bisher hat Vanuatu, trotz sowjetischen Ersuchens, den im Januar 1988 ausgelaufenen einjährigen Fischereivertrag mit Moskau nicht verlängert. Vgl. *Islands Business*, April 1988, S.41. Eine sowjetische Handelsdelegation, die im April 1988 den Südpazifik bereiste, besuchte auch Port Vila. Sie kündigte Vanuatu die Lieferung von 14 Vielzwecktraktoren an. Vgl. *Islands Business*, May 1988, S.58.

- 22) Vgl. Sopes Interview in der *Fiji Times*, 18. Oktober 1988.
- 23) Vgl. Sopes Interview in der *Fiji Times*, 18. Oktober 1988. Wenn die beiden Vertreter der Tan Union nicht die UPM verlassen hätten und die 5 MPP und 18 UPM Abgeordneten (=23) im Parlament verblieben wären, hätte die Opposition erfolgreich ein Mißtrauensvotum gegen Premier Lini und die VP (21 Abgeordnete) durchführen können.
- 24) Vgl. *Fiji Times* vom 20. Oktober 1988. Sopes Parteiausschluß wurde auf diesem Parteikonvent bestätigt.
- 25) Vgl. *Fiji Times* vom 27. Oktober 1988.
- 26) Vgl. *Pacific Islands Monthly*, November 1988, S.14.
- 27) Vgl. *Islands Business*, January 1989, S.10.
- 28) Vgl. *Islands Business*, December 1988, S.28.
- 29) Vgl. *Pacific Islands Monthly*, January 1989, S.26.
- 30) Vgl. *Pacific Islands Monthly*, January 1988, S.26. Ebenso *Islands Business*, January 1988, S.11, *Fiji Times* vom 15. Dezember 1988.
- 31) Neun Parlamentssitze waren de facto bereits vor der Nachwahl vergeben, weil angesichts des Mangels an Kandidaten (MPP und UMP stellten als Boykottmaßnahme keine Kandidaten auf) jeweils nur ein Kandidat aufgestellt werden konnte. Sechs Sitze fielen deshalb vor der eigentlichen Wahl an die Vanuaaku Party, drei an die Tan Union. Bei der Nachwahl am 12. Dezember ging es nur noch um die Auffüllung der restlichen neun Sitze. Vgl. *Fiji Times* vom 1.12.1988.
- 32) Vgl. *Islands Business*, January 1989, S.8-9, *Fiji Times* vom 17. Dezember 1988.
- 33) Vgl. *Fiji Times* vom 19. Dezember 1988.
- 34) Premier Lini erläuterte in einem Interview, daß Barak Sope - gerüch-teweise - mit Unterstützung durch Fidschi (Rabuka), Kuba (Castro), Libyen (Gaddafi) oder durch eine eigene Söldnertruppe rechnete. Vgl. Lini's Interview in *Islands Business*, January 1989, S.13. Hilfe durch Australien und/oder Neuseeland wurde ebenfalls ins Gespräch gebracht. Vgl. *Fiji Times* vom 19. Dezember 1988. Es gibt bis heute keine konkreten Hinweise auf eine geplante Unterstützung Sopes durch dritte Staaten. Fidschis Permanent Secretary for Foreign Affairs Ms. Taufa Vakatale reagierte auf die Gerüchte bezüglich einer Intervention durch Fidschis Streitkräfte mit der Erklärung, daß Fidschi eine Politik der Nichteinmischung betreibe, daß es Premier Lini und seine Regierung anerkenne und nicht an ein Eingreifen in Vanuatu denke. Vgl. *Fiji Times* vom 21. Dezember 1988.

- 35) Premier Lini erläuterte bezüglich der Loyalität seiner Polizei- und VMF-Kräfte u.a.: "Just before the by-election they clearly came out that they will support the elected government and as soon as the President (Sokomanu) declared the interim government they also told us that they only support the elected government and will not support the President." Vgl. das Interview Premierminister Linis in *Islands Business*, January 1989, S.11-14.
- 36) Vgl. *Fiji Times* vom 20.Dezember 1988.
- 37) Vgl. *Islands Business*, January 1989, S.9 ff und *Pacific Islands Monthly*, January 1989, S.24-26.
- 38) Vgl. *Fiji Times* vom 21.Dezember 1988.
- 39) Vgl. *Fiji Times* vom 22.Dezember 1988.
- 40) Vgl. *Fiji Times* vom 5. und 14.Januar 1989.
- 41) Vgl. *Fiji Times* vom 20.Januar 1989.
- 42) Vgl. *Fiji Times* vom 8.3.1989.
- 43) Vgl. *Fiji Times* vom 15. und 18.4.1989.
- 44) Vgl. Rowan Callwicks Bericht über Vanuatu in *The Times* (PNG), Nr.468, 22.-28.Dezember 1988, S.11.
- 45) Vgl. *The Times* (PNG), Nr. 475 vom 9.-15.Februar 1989. Ebenfalls *Fiji Times* vom 31.Januar 1988.

